

# Redebuch

2023



## Initiative Bremer Montagsdemo: Redebuch. Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 – 2011 – 2012 – 2013 –  
2014 – 2015 – 2016 – 2017 – 2018 – 2019 – 2020 – 2021 – 2022 – 2023

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de)

Zusammengestellt und laufend ergänzt  
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder  
[www.Gerolf.org](http://www.Gerolf.org)

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet  
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt  
Ich habe mich immer aus der Not gerettet  
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

*Ursula Gatzke*

# Bremer Montagsdemo 2023

Grundsätze

*Januar: 745.*

*Februar: 746.*

*März: 747.*

Kontakt

# Bremer Montagsdemo

## Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

*Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern  
der 26. Bremer Montagsdemo*

# Bremer Montagsdemo

## Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahltschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

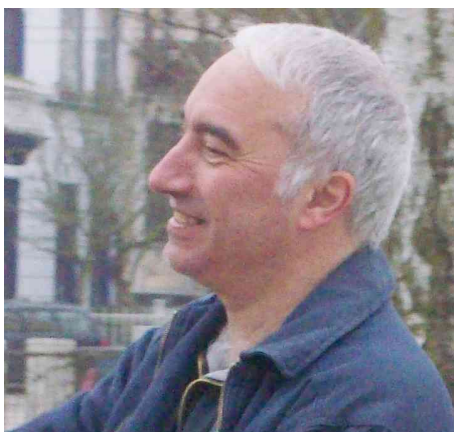
*Initiative Bremer Montagsdemo*

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 745. Bremer Montagsdemo

## am 09. 01. 2023

### Lützerath verteidigen – Braunkohle-Tagebau stoppen!



Seit letztem Montag reißen Polizeikräfte Tore, Barrikaden und Gerüste an den Eingängen des Weilers Lützerath ein, um dem Tagebaubetreiber RWE Zugriff auf die Braunkohle unter dem Dorf zu ermöglichen. Ein breites Bündnis von Umweltaktivist(inn)en hat den „Tag X“ ausgerufen, um durch massiven Widerstand Lützerath zu verteidigen und das nächste Umweltverbrechen zu verhindern.

Dieser Widerstand hat die volle Solidarität der Bremer Montagsdemonstration! Das Dorf Lützerath soll ab 10. Januar mit Polizeigewalt geräumt werden, damit RWE zusätzlich 280 Millionen Tonnen Braunkohle fördern kann. Maximalprofit ruiniert mutwillig den Planeten und die Zukunft vieler Generationen. Der Bevölkerung wird von Bundes- und Landesregierung die Lüge aufgetischt, nur so könne die Energieversorgung gesichert werden.

Dazu wird ein Gutachten vorgelegt, das im Auftrag von RWE erstellt wurde. Kein Wunder! Anderslautende Gutachten werden einfach unter den Teppich gekehrt. Dabei hatten drei Studien von Wissenschaftler(inne)n der Europa-Universität Flensburg, der Technischen Universität Berlin und des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ bereits im August 2022 festgestellt, dass die Braunkohle unter dem Dorf Lützerath nicht benötigt wird, um die Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen.

Trotzdem hat die Bundesregierung am 2. November 2021 beschlossen, die jährliche Braunkohle-Fördermenge von 20 auf 32 Millionen Tonnen zu erhöhen und die Kraftwerksblöcke Neurath D und E, die eigentlich bis Ende 2022 abgeschaltet werden sollten, bis Ende März 2024 weiterlaufen zu lassen. Das angebliche Vorziehen des Endes der Braunkohle-Förderung von 2038 auf 2030 ist ein Trick.

Das kommentiert Sara Bauer, eine der Sprecherinnen der Initiative „Lützerath lebt“, treffend: „Der Hinterzimmer-Deal der Grünen Mona Neubaur und Robert Habeck mit den RWE-Bossen ist eine heuchlerische Mogelpackung. Es werden

keine Emissionen eingespart, sondern die Kohle wird einfach nur früher verfeuert. Auch bei uns in Deutschland zeigen Habeck und Konsorten, dass sie keine Politik für Menschen, sondern für Konzerne machen.“

Gebetsmühlenartig wird eine drohende Energieknappheit beschworen, um die Rolle rückwärts in der Umweltpolitik der „Ampel“-Koalition zu rechtfertigen: den Ausbau des Kohle-Abbaus, die Verlängerung der AKW-Laufzeiten, die Flüssiggas-Terminals, das Fracking-Gas. Dabei könnte die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien längst abgeschlossen sein, wenn sie in den vergangenen Jahren energisch verfolgt worden wäre. Im letzten Jahr haben Experten errechnet, dass mit Investitionen von 40 Milliarden Euro das russische Gas in kürzester Zeit komplett durch erneuerbare Energien ersetzt werden könnte.

Wir brauchen ein rasches Ende des fossilen Zeitalters! Jetzt schon töten Klimakatastrophen wie die Fluten in Nigeria, Bangladesch und hierzulande im Ahr-tal viele Menschen. Die Anzahl der Kippunkte nimmt zu, und wir stehen am Beginn einer globalen Umweltkatastrophe. Nur gemeinsam können wir die Erde vor dem drohenden Kollaps retten! Der Widerstand der Bevölkerung hat den Hambacher Forst gerettet. Er wird auch Lützerath verteidigen! Wer sich am Widerstand in Lützerath beteiligen möchte, findet Mitfahrgelegenheiten bei „Ende Gelände“ und bei „Lützerath lebt“.

„Fridays for Future“ veranstaltet am **Mittwoch** dieser Woche um **15:30 Uhr** auf dem **Domshof** eine **Protestkundgebung** vor der Deutschen Bank, denn „ohne Finanzierer wie die Deutsche Bank wäre der Zerstörungsversuch von Lützerath und das dreckige Geschäft von RWE – einem der Konzerne, die vergangenes Jahr erneut Rekordprofite eingestrichen haben – gar nicht möglich. Gleichzeitig haben viele Menschen Existenzängste.

Wir wollen uns mit Lützerath solidarisch zeigen und gleichzeitig die Ursache des Problems benennen. Es zeigt sich immer wieder, dass dieses System Profitinteressen über Menschenleben stellt. Das lassen wir nicht zu! Geld ist kein Menschenleben wert! Deshalb: Kommt mit uns am **11. Januar 2023** auf die Straße, wir sehen uns!“

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

„Mordor“: Greta Thunberg weggetragen („*Bayerischer Rundfunk*“)

Über Hochwasserschutz darf nicht abgestimmt werden: Über eine Spundwand hinter den Platanen kann niemand hinwegsehen – doch der neue Deich wäre genauso hoch, ohne die hässlichen Industriebauten verdecken zu können („*Tageszeitung Bremen*“)

„Trennt euch“: Niemand braucht eine Partei, die in grundsätzlichen Fragen gegensätzliche Botschaften sendet („*Tageszeitung*“)



Da kriegen Lehrer(innen) kalte Füße: Die Hausaufgaben schreibt der Computer jetzt selber („*The Atlantic*“)

Fachkräfteschwemme: Microsoft kündigt Abbau von 10.000 Stellen an – und Investition von zehn Milliarden Dollar in künstliche Intelligenz („*Heise*“)

## Ich liebe diesen Sci-Fi-Shit



Ein wiederholter Triumph der Wissenschaft und Technik beamte uns zurück in die Sechziger oder in die Zukunft der Erkundung des Mondes, als „Orion“ nach mehreren Umrundungen um den Mond in den Ozean plumpste. Bald werden wieder Menschen den kleinen Schritt auf den Mond wagen, und die Menschheit wird sich zu dem großen Sprung aufmachen, den Trabanten zu besiedeln. Ich liebe diesen Sci-Fi-Shit.

Ich hätte aber lieber Städte für Menschen statt für Autos, faire Lohnpolitik, Arbeitspolitik, bezahlbaren Wohnraum, Bereiche für alle, auch alternative Lebensräume, Mehrgenerationenhäuser, Friedenspolitik, Sicherheitspolitik, Vergesellschaftungsformen statt lediglich Grundversorgungsbetriebe oder Megakonzerne, eine pünktliche, pannenfreie Bahn, fossilfreie Energie, Nahrung und eine lebenswerte Welt für alle. Wenn auch der fragwürdige Sinn einer Landung auf dem Mond ein alter Hut ist, so ist Gil Scott Herons Lyrik aktueller denn je.

*Frank Kleinschmidt (parteilos)*

A rat done bit my sister Nell.  
(with Whitey on the moon)  
Her face and arms began to swell.  
(and Whitey's on the moon)  
I can't pay no doctor bill.  
(but Whitey's on the moon)  
Ten years from now I'll be payin' still.  
(while Whitey's on the moon)

The man jus' upped my rent las' night.  
( 'cause Whitey's on the moon)  
No hot water, no toilets, no lights.  
(but Whitey's on the moon)  
I wonder why he's uppi' me?  
( 'cause Whitey's on the moon?)  
I was already payin' 'im fifty a week.  
(with Whitey on the moon)

Taxes takin' my whole damn check,  
Junkies makin' me a nervous wreck,  
The price of food is goin' up,  
An' as if all that shit wasn't enough  
A rat done bit my sister Nell.  
(with Whitey on the moon)  
Her face an' arm began to swell.  
(but Whitey's on the moon)

*Gil Scott Heron: Whitey On The Moon (1970)*

„Das Feuer der Hölle in meinen Augen“: Vor uns liegt das Zeitalter  
des Bullshit-Pop („*The Red Hand Files*“)

Putins eugenischer Feldzug: Russland verfolgt im Zug des Krieges in  
der Ukraine verschiedene Strategien rassischer „Säuberung“ („*NZZ*“)

„Zum Putsch fehlt nur etwas Organisation“: Putins Opportunisten-Militär  
ist verärgert über Prigoschyns Kriminellen-Armee („*The Daily Beast*“)

Bloß nicht als deutscher Kriegshetzer gelten: Olaf Scholz erweckt lieber  
den Eindruck der Zögerlichkeit („*N-TV*“)

## Der Räterepublik gedenken, ohne die Parteien zu nennen?

Der Einsatz für eine sozialistische Zukunft war, ist und bleibt wesentlicher Bestandteil des Gedenkens an die mutigen Kämpfer der Bremer Räterepublik. Dem Antikommunismus keine Chance! SPD-Funktionäre in DGB- und SPD-Vorstand Bremen spalten das breite, linke Bündnis zum Gedenken an die Bremer Räte-

republik. Sie haben beschlossen, nicht mehr am gemeinsamen Rätegedenken auf dem Waller Friedhof teilzunehmen, sondern ihre eigene Veranstaltung zu machen. Ihre Begründung: die Rede von Lena Salomon (MLPD) beim Rätegedenken 2022.

Sie hatte darin unter anderem gesagt: „Bei der Vorbereitung der heutigen Veranstaltung wurde der Vorschlag gemacht, im Unterschied zu früheren Jahren die Parteizugehörigkeit der Rednerinnen und Redner wegzulassen. Wie kann es sein, dass ausgerechnet beim Rätegedenken nicht gewollt ist, den Namen von Revolutionären, von kommunistischen und marxistisch-leninistischen Parteien zu nennen? Ist es nicht ein etwas trostloser Ausdruck von Antikommunismus, dass sich Revolutionäre hier verstecken sollen? Das wichtigste Ziel der Novemberrevolution war der Aufbau des Sozialismus! Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Gründe hierfür waren unter anderem, dass eine starke revolutionäre Massenpartei fehlte.“

Das passte dem nächsten Redner, Ernesto Harder, wohl nicht. Er war vor seiner Wahl zum DGB-Kreisvorsitzenden hauptamtlicher IG-Metall-Funktionär und davor SPD-Vorsitzender in Bonn. Er getraute sich nicht, sein wahres Gesicht zu zeigen. So betonte er in seiner Rede die Notwendigkeit der überparteilichen Zusammenarbeit, ausdrücklich auch mit der MLPD, und dass er nicht nur für den DGB, sondern auch für die SPD spreche. Nun hat bestimmt niemand etwas dagegen, wenn sich auch Sozialdemokraten am Rätegedenken beteiligen. Aber wir haben auch nicht vergessen, wer die Räterepublik blutig niederschlagen ließ und sich dabei auf faschistische Freicorps stützte: die SPD! Innenminister war Gustav Noske, SPD, der über seine eigene Rolle damals sagte: „Einer muss der Bluthund sein!“

Wenige Tage nach dem Rätegedenken 2022 begann der verhängnisvolle Krieg in der Ukraine. Fast alle Imperialisten sind zur Vorbereitung eines Dritten Weltkriegs übergegangen. Keine der kriegsführenden Parteien führt einen „gerechten“ Krieg, weder das inzwischen ebenfalls imperialistische Russland noch die Nato mit den USA an der Spitze. Auch die SPD mit Kanzler Scholz ist zur Kriegsvorbereitung übergegangen. Die 100 Milliarden „Sondervermögen“ für die Bundeswehr sind dafür nur der Anfang.

Es ist inzwischen so, dass es entweder zu einem Dritten Weltkrieg kommt, oder es gelingt auf revolutionärem Weg, den Imperialismus zu stürzen. Deswegen kommen alle, die an den Idealen der **Räterepublik** festhalten, ihr Ansehen verteidigen, imperialistische Kriege ablehnen und offen sind für eine befreite Gesellschaft, wie in jedem Jahr am ersten **Sonntag im Februar, dem 5. 2. 2023, um 11 Uhr auf den Waller Friedhof!** „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ (Karl Liebknecht) Gebt Antikommunismus keine Chance!

*Lena Salomon, Jobst Roselius, Wolfgang Lange (MLPD)*

Das jährliche Gedenken an historische Ereignisse kann sinnvoll gestaltet werden: mit einer Zielrichtung, aus der Geschichte zu lernen; mit einem Bezug zur Gegenwart, um die Zukunft zu gestalten. Dieser kleine Verweis auf den antifaschistischen Widerstand in Katalonien vermag vielleicht, entgegen dem kleinbürgerlichen Charakter eines alljährlichen *Schützenfestes* mit persönlichen Sticheleien, dem Gedenken an den aufopfernden Mut all derer, die sich einer gerechteren Welt verschrieben haben, Würde verleihen.

*Frank Kleinschmidt*

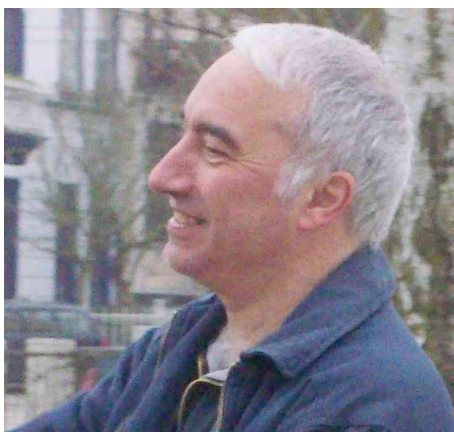
„Den Stalinisten ein Gräuel“: 1935 errichteten Arbeitermilizen in Katalonien „einen Kommunismus, bei dem tatsächlich alle gleich (arm) sind“ („*Andalusien 360*“)

„Holodomor“: Nur wenn Stalin daran Schuld hatte, war die Hungersnot in der Ukraine ein Völkermord („*Junge Welt*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 746. Bremer Montagsdemo am 06. 02. 2023

## Stoppt LNG-Terminals – 100 Prozent erneuerbare Energien!



Während die Genehmigung eines Windrads Jahre dauert, werden Flüssiggas-Terminals in Windeseile hochgezogen. Mit dem „LNG-Beschleunigungsgesetz“ wurde die Umweltverträglichkeitsprüfung abgeschafft. Zwölf Anlagen sind im Norden geplant, deren Betrieb bis zum 31. Dezember 2043 genehmigt werden kann.

Offensichtlich ist das kein kurzfristiger Ersatz für russisches Erdgas, sondern der langfristige, profitable Einsatz von fossilem Gas. Um russisches Gas zu ersetzen, sind keinerlei neue Terminals nötig. Die Regierung warnt permanent vor einer „drohenden Energieknappheit“, um Kohle und Gas auszubauen. In Wirklichkeit waren die Gasspeicher noch nie so voll wie in diesem Winter (Januar 2023: 91 Prozent). Es ist eine Lüge, dass nur fossile und atomare Energien uns vor dem Frieren retten können.

Das vor allem aus den USA in großen Mengen gelieferte Fracking-Gas ist nicht nur bei der Förderung extrem umweltschädlich, sondern auch sechsmal klimaschädlicher als Erdgas aus Norwegen.

In Wilhelmshaven hat das Gasschiff „Höegh Esperanza“ den Betrieb aufgenommen. Dieses Schiff war nur verfügbar, weil es in Australien wegen seiner Umweltschädlichkeit aus dem Verkehr gezogen werden musste. Zur Erwärmung des Flüssiggases wird das Meerwasser mit chlorhaltigen Bioziden versetzt. Dieses giftige Wasser wird in die Jade zurückgepumpt und schädigt dauerhaft das geschützte Unterwasserbiotop Wattenmeer. Das stößt zu Recht auf breiten Protest!

„Warum LNG-Terminals die Umweltkatastrophe beschleunigen“ – Kommt zur Veranstaltung der „Umweltgewerkschaft“ am 26. Februar 2023 um 15 Uhr in der Zion-Gemeinde (Kornstraße 31)!

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

# Cosco-Arbeiter rufen zur Beteiligung an Antikriegsdemonstration auf

Am Samstag demonstrierten Tausende im Hafen von Piräus gegen das Anlegen des atomgetriebenen US-Flugzeugträgers „G.W. Bush“ in der Bucht von Pasalimani. Die Gewerkschaft der Containerumschlagarbeiter an den Cosco-Piers von Piräus hat zur Teilnahme an der Antikriegsdemonstration aufgerufen.

Im Aufruf heißt es: „Wir sind gegen die Umwandlung des Hafens von Piräus in eine Marinestation der Imperialisten, in die entweder der US-Nato-EU-Block auf der einen Seite oder Russland-China auf der anderen Seite ihre Tötungsmaschinen zum Töten der Menschen bringen werden.“

Die Regierung Mitsotakis ist verantwortlich für die zunehmende Verwicklung des Landes in den imperialistischen Krieg, der seit einem Jahr in der Ukraine andauert. Zur gleichen Zeit, in der sie unsere Sozialversicherungsrechte abschafft, zur gleichen Zeit, in der alle Regierungen zusammen die Arbeiterrechte aller Beschäftigten in unserem Land zerstört haben, um uns wettbewerbsfähig und damit billig für Cosco zu machen, und den Reichtum unseres Landes an einheimische und ausländische Bosse verkauft haben, geben sie jedes Jahr Milliarden von Euro aus, um Menschen zu töten und zu entwurzeln.

Sie haben in unserer Region nichts zu suchen, die Mörder der Bosse, die sich den Kuchen teilen, und ihre Interessen haben nichts mit den Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter in ihrer Gesamtheit zu tun, das wissen wir genau. Keine Beteiligung am Krieg in der Ukraine! Stoppen wir die Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial! Nein zu den brutalen Rüstungsprogrammen, die Geldmittel für die Bedürfnisse der Arbeiter und des Volkes missbrauchen!“

*Erklärung der Gewerkschaft der Containerumschlagarbeiter an den Cosco-Piers von Piräus, vorgetragen von Harald Braun*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **6. März 2023**  
wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

# Widerstand gegen Weltkriegs- gefahr und Aufrüstung leisten!



Heute am frühen Morgen und Mittag ereigneten sich zwei Erdbeben in der Grenzregion zwischen Türkei und Syrien, 30 Kilometer nordwestlich von Gaziantep. Es gibt bereits mehr als 1.400 Tote, und Tausende Häuser wurden zerstört. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Angehörigen. Ich denke, ich spreche im Namen aller hier, wenn ich ihnen unser herzliches Beileid ausspreche! Die Erdogan-Regierung ist schuld an der Schwere der Auswirkungen des Erdbebens, da sie nichts für die Erdbebenvorsorge getan hat, aber alles für den Krieg gegen die Kurden.

Die Welt steuert weiter auf einen Weltkrieg zu. Der Ukrainekrieg eskaliert, immer mehr Waffen werden geliefert. Einen Tag, nachdem die Bundesregierung der Lieferung von Leopard-II-Panzern zugestimmt hat, kam prompt die Forderung nach Kampffjets, U-Booten und sogar Atomwaffen vom ukrainischen Botschafter. Die sogenannten „Roten Linien“ gibt es nicht mehr, meint der SPD-Vorsitzende Klingbeil. Es wird von beiden Seiten unbegrenzt nachgelegt.

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg und der Vorsitzende des Bundeswehrverbands, André Wüstner, fordern öffentlich den Übergang zur „Kriegswirtschaft“. Darüber hinaus will Verkehrsminister Andreas Scheuer neue Autobahnen bauen, um jederzeit militärische Transporte durchführen zu können.

Der Konflikt in der Ukraine ist nur ein Teil der Vorbereitungen auf einen Weltkrieg. Der Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Japan, Generalleutnant James Biermann, hat sogar zugegeben, dass man sich seit 2014 auf einen Krieg vorbereitet. Jetzt befindet man sich im Begriff, den Schauplatz gegen China in Japan und den Philippinen festzulegen.

In diesem Kontext hat Kriegsminister Lloyd Austin bereits mit einem Krieg gegen China im Jahr 2025 gerechnet. Auch Israel ist an einem unerklärten Krieg gegen Iran beteiligt. Der Imperialismus zeigt seine Aggression nach außen und löst eine Reaktion nach Innen aus. In Israel haben am Samstag 60.000 Menschen gegen die Regierung und ihre Entmachtung des obersten Gerichts protestiert. In Zukunft sollen Gesetze in Kraft bleiben, auch wenn sie vom obersten Gericht als verfassungswidrig erklärt werden. Dies führt zu einer weiteren Faschisierung Israels, da bereits offene Faschisten in der Regierung sitzen.

Wir wollen weder in einem atomaren Weltkrieg, einer Umweltkatastrophe noch im sozialen Elend untergehen! Am **24. Februar 2023** begehen wir den **Jahrestag des Kriegsbeginns**, und der **DGB** ruft auch in **Bremen** zu einer **Demonstration**



gegen die Vorbereitungen eines Dritten Weltkriegs auf. Lasst uns Widerstand gegen die Weltkriegsgefahr und Aufrüstung leisten!

Wir können und wollen nicht tatenlos zusehen, wie die Welt in den Abgrund des Dritten Weltkriegs rauscht. Deshalb rufen wir dazu auf, am 1. Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine auch in Bremen eine machtvolle Demonstration durchzuführen.

Von der „Widerstandsgruppe gegen Aufrüstung und Weltkriegsgefahr“ haben wir eine Demonstration angemeldet: Die **Auftaktkundgebung** beginnt um **17 Uhr** am Zentaurenbrunnen auf dem **Leibnizplatz**, die **Abschlusskundgebung** um **18 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

*Wolfgang Lange (MLPD)*

## Man sollte „KI“ nicht überschätzen



Einst in den Sechzigern programmierte eine Koryphäe der Informatik, Joseph Weizenbaum, ELIZA ganz allein im stillen Kämmerlein und löste damit jede Menge Missverständnisse über die Fähigkeiten und Möglichkeiten von programmierten Systemen aus. Heute erscheinen mir Chatbots wie ChatGPT oder sprachgesteuerte Systeme wie Alexa mit den heutigen Rechengeschwindigkeiten, der globalen Vernetzung und dem dahinterstehenden Kapital, das jede Menge „human resources“ ermöglicht, wie hochgezüchtete ELIZAs.

Wir, am Ende dieser Kette stehenden Anwender sollten jedoch „intelligence“ nicht mit Intelligenz verwechseln. Der englische Begriff AI, „Artificial Intelligence“, sollte zu einer sinngemäßen Übersetzung in die deutsche Sprache strenger kontextbezogen sein. „Intelligence Officer“ mit „intelligenter Offizier“ zu übersetzen wäre total daneben. Ein Intelligence Officer wäre ein Mitarbeiter eines Geheimdienstes, wenn nicht gar Geheimagent. „Intelligence“ steht auch für „Organisationsstruktur“ oder „durchdachte Organisationsstruktur“. Mit dem „A“ für „artificial“ wäre diese Organisationsstruktur künstlich, eben elektronisch und nichts weiter.

Im Informatiksinne ist ein Bügeleisen mit einem Chip, der die Temperatur regelt, ein „intelligentes“ Bügeleisen. Man sollte „KI“ nicht überschätzen. Intelligence hat in diesem Kontext nichts mit „Intelligenz“ zu tun. An dem Arbeitsprinzip des Computers, der „von-Neumann-Architektur“, hat sich seit den Vierzigerjahren bis



heute nichts geändert. Es gelten immer noch die Prinzipien „Eingabe, Verarbeitung, Ausgabe“ und „Garbage in, Garbage out“.

Erkenntnis und Selbsterkenntnis bleiben immer noch dem Menschen vorbehalten. Eine Maschine wird dazu niemals fähig sein. Dies ist sicherlich kein Grund, sich der Nützlichkeit programmierter Systeme zu verweigern. Sie dienen jedoch lediglich als Werkzeug. Dabei empfiehlt es sich zu beachten, dass immer noch ich den Nagel in die Wand schlage und nicht der Hammer es tut.

*Frank Kleinschmidt (parteilos)*

Chatbot-Dialektik: Wie geht das? (*Gerolf D. Brettschneider*)

„Nicht auszuhalten“: „Die Linke‘ schafft es nicht, den faschistischen Diktator Putin als solchen zu benennen und zu ächten“ (*„Spiegel“*)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 747. Bremer Montagsdemo

## am 06. 03. 2023

### Immer mehr Menschen lehnen den mörderischen Krieg ab



Am vergangenen Freitag demonstrierten in 250 deutschen Städten circa 220.000 bei „Fridays For Future“. Gleichzeitig streikten die Kollegen im öffentlichen Nahverkehr in sechs Bundesländern, unter anderem in Bremen. Das war kein Zufall. In manchen Städten wie München waren über 30.000 bei der Demo dabei, in Bremen etwa 3.000.

Der BDA-Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter und andere Kapitalistenvertreter lamentierten über eine „gefährliche Grenzüberschreitung“ und pochten auf das in Deutschland kastrierte Streikrecht, das nur in Tariffragen und nur nach Ende der „Friedenspflicht“ gilt. Verdi führe mit Unterstützung von FFF einen politischen und damit illegalen Streik.

Ich frage euch: Was ist die gefährlichere Grenzüberschreitung, der Streik von Verdi – oder die rigorose Unterordnung unserer Lebensgrundlagen und der ganzen Erde unter die Profitinteressen? Wir haben es inzwischen nicht mehr „5 vor 12“ sondern bereits „5 nach 12“! Die globale Umweltkatastrophe ist bereits in Gang. Die Menschheit wird um ihr Überleben kämpfen müssen – was nur gelingen kann, wenn die kapitalistische Profitwirtschaft überwunden wird.

Da solche Leute wie der BDA-Chef Kampeter aber nicht freiwillig darauf verzichten werden, geht das nur auf revolutionärem Weg. Und ich frage euch weiter: Was ist die gefährlichere Grenzüberschreitung, der Verdi- Streik – oder die Welt mutwillig an den Rand des atomaren Dritten Weltkriegs zu rücken?

Der größte Deutsche Rüstungskonzern, Rheinmetall, hat schon klar gesagt, dass er mit einem langen und profitablen Krieg rechnet. Heute wurde bekanntgegeben, dass Rheinmetall in den DAX aufgestiegen ist, sein Aktienkapital sich verdoppelt hat und dass die 100 Milliarden „Sondervermögen“ längst noch nicht reichen. Jetzt will Rheinmetall eine Panzerfabrik in der Ukraine bauen und dort 600 Panzer pro Jahr herstellen. Da lacht das Kapitalistenherz!

Immer mehr Menschen lehnen den mörderischen Krieg ab, der von beiden Seiten imperialistisch ist. Deswegen kamen auch zwischen 13.000 und 50.000

Menschen zur Friedensdemo am 25. Februar 2023 in Berlin, zu der Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer aufgerufen hatten. So richtig der Aufruf dazu in der Hauptseite war, so falsch war es jedoch, die Demo für ultrarechte und faschistische Kräfte zu öffnen, wie es im Vorfeld Oskar Lafontaine machte und alle „alle, die reinen Herzens sind“ einlud, „auch von der AfD“.

Aber die AfD tarnt sich nur als Friedenstaube. In Wirklichkeit ist sie ein hässlicher Kriegsgeier: Zwei Prozent Rüstungsausgaben seien zu wenig, die Wehrpflicht müsse wieder eingeführt werden, notwendig sei ein „robustes Vorgehen an jedem Ort der Welt, auch gegen den Willen anderer Staaten“. Die AfD träumt davon, Deutschland an der Seite Russlands zur Supermacht zu machen, um zum dritten mal in der Geschichte den Kampf um die Weltherrschaft anzutreten. Dafür sollen dann auch alle „Opfer“ bringen – sprich: wir! – durch Streichung aller Sozialleistungen.

Bei SPD- und Grünen-Mitgliedern rumort es zum Teil heftig. Viele lehnen den Kriegskurs ihrer Parteiführung ab, immer mehr treten aus. Die DKP steht mit ihrer Unterstützung Russlands und dessen Verklärung des Kriegs als „antifaschistisch“ im absoluten Abseits: Russland ist durch und durch imperialistisch, und die Oligarchen mit Putin an der Spitze wollen das alte Zarenreich wieder aufleben lassen. Die Linkspartei schlingert auf konfusem Kurs: Aus ihr kommen Stimmen für die Nato, aber nicht so ganz, bis hin zur Rechtfertigung des russischen Angriffs.

Deswegen: Klarheit sich verschaffen! Klare Prinzipien! Ein Grund, warum MLPD zur **Bürgerschaftswahl am 14. Mai 2023** antritt, ist einen Beitrag zu leisten zur **Schaffung einer neuen Friedensbewegung**. Am 24. Februar hat der Landeswahlausschuss unsere Kandidatur bestätigt. Wir haben über 400 Unterschriften gesammelt. Unser Dank an alle, die das unterstützt haben!

Auch weltweit nehmen die Massen ihre Sache in die eigene Hand: 400.000 Menschen demonstrierten am Wochenende in Israel gegen die faschistische Gefahr, bei nur neun Millionen Einwohnern. Das ist fast so, als ob bei uns vier Millionen an einem Tag demonstrieren! Hunderttausende streikten auch in England und Frankreich.

In der Türkei skandieren Fans in den Stadien: „Rücktritt der Regierung!“ Erdogan ist mit schuld am Tod von Tausenden von Menschen, durch Bausünden-Amnestie und tagelanges Nichtstun. Gleichzeitig wurde Bombardierung von Kurdengebieten in Nordsyrien während des Erbebens und Nachbebens fortgesetzt. Es muss sich durchsetzen: Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter! Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein. Hoch die internationale Solidarität!

*Wolfgang Lange (MLPD)*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **3. April 2023**  
wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Chatbot-Dialektik: Wie geht das? (*Gerolf D. Brettschneider*)

„Das Völkerrecht muss immer gelten“: „Die jüngsten Interventionen der US-Armee – Afghanistan, Irak, Libyen – galten autokratischen oder diktatorischen Regimes“ (*„Tagesspiegel“*)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# Bremer Montagsdemo

## Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größtenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

**Kontakt:** Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen,  
Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

**Zuschriften** an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler),  
Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

**Spendenkonto:** Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84,  
BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

**Impressum/Datenschutz:** G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen,  
Info(at)Bremer-Montagsdemo.de (parteilos) – Für die Beiträge haften die Verfasser. Zuschriften können intern diskutiert und veröffentlicht werden. Diese

Website verwendet statisches HTML ohne Scripting oder Tracker, setzt keine Cookies und erfasst selbst keine Besucherdaten. Der Provider erfasst Ihre IP-Adresse, Verweildauer sowie Seitenaufrufe für eine Statistik. Es gibt keine Werbeeinnahmen aus eingebundenen oder verlinkten Fremdinhalten.

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz